

Antrag

der Abgeordneten Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff, Ulrich Oehme, Marc Bernhard, Marcus Bühl, Matthias Büttner, Petr Bystron, Tino Chrupalla, Siegbert Droese, Peter Felser, Albrecht Glaser, Franziska Gminder, Wilhelm von Gottberg, Dr. Roland Hartwig, Martin Hebner, Martin Hess, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Dr. Marc Jongen, Norbert Kleinwächter, Jörn König, Steffen Kotré, Dr. Rainer Kraft, Frank Magnitz, Jens Maier, Dr. Lothar Maier, Dr. Birgit Malsack-Winkemann, Andreas Mrosek, Volker Münz, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Martin Reichardt, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, René Springer, Beatrix von Storch und der Fraktion der AfD

Aufstrebenden Wirtschaftsmächten den Status als Entwicklungsland entziehen – Keine Förderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und des Außenhandels für Schwellenländer

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bundesrepublik Deutschland stellt seit den 1960er Jahren in erheblichem Umfang Haushaltsmittel für die bi- und multilaterale Entwicklungszusammenarbeit bereit und zählt hierdurch zu den größten Gebern weltweit.

Unter den zahlreichen Kooperationsstaaten finden sich insbesondere Schwellenländer, die einen hinreichenden Entwicklungs- und Modernisierungsgrad erreicht haben, um jede weitere politische, ökonomische, soziale und ökologische Entwicklung ohne fremde Hilfe zu gestalten.

Exemplarisch sind hier Indonesien, Pakistan und Südafrika zu nennen.

Es widerspricht dem Grundsatz der „Hilfe zur Selbsthilfe“ in der Entwicklungszusammenarbeit und dem hierdurch zum Ausdruck gebrachten Subsidiaritätsprinzip, wenn die Nehmerseite grundsätzlich die Fähigkeit und Voraussetzungen besitzt, die mit der Gewährung von Entwicklungsleistungen verfolgten Zielsetzungen selbst zu erreichen.

Die wichtigsten Indikatoren für die Fähigkeit der eigenverantwortlichen Entwicklung sind die Wirtschaftskraft und die Wirtschaftswachstumsraten sowie die damit verbundenen Staatseinnahmen. Es liegt in der Verantwortung des jeweiligen Staates, diese sparsam, wirtschaftlich, gemeinwohlorientiert und entwicklungsfördernd einzusetzen.

Bei der Beurteilung des Entwicklungsgrades eines Staates muss aber auch politischen und militärischen Faktoren eine Bedeutung beigemessen werden. So sind

der Besitz von Kernwaffen, die aktive Mitgliedschaft in einflussreichen multilateralen Zusammenschlüssen wie der G20, aggressive Rohstoffexporte oder die Schaffung eigener entwicklungspolitischer Programme für Entwicklungsländer Indikatoren dafür, dass ein Staat sich eigenverantwortlich entwickeln kann.

Die Gewährung von Entwicklungsleistungen darf nicht zur staatlichen Dysfunktionalität durch Indolenz beitragen und darf auch nicht deutschen Interessen widersprechen. Es ist daher sicherzustellen, dass Partnerländer der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, die dazu in der Lage sind, ihre Entwicklung in Eigenverantwortung und mit eigenen Mitteln zu übernehmen, dies tun.

Die Entwicklungszusammenarbeit mit den betroffenen Ländern kann mit der Maßgabe weitergeführt werden, dass diese für die angebotenen Entwicklungsleistungen mit eigenen Finanzmitteln aufkommen. Bei Schwellenländern wie Brasilien oder Mexiko geschieht dies beispielsweise durch die Ausschüttung von Leistungen deutscher staatlicher Entwicklungszusammenarbeit in Form von zurückzuzahlenden Krediten.

2. Im Jahr 2017 wurden Waren und Dienstleistungen in einem Umfang von fast 1,3 Billionen Euro nach Deutschland importiert. Hinter den Vereinigten Staaten und China ist Deutschland der drittgrößte Warenimporteure der Welt. Über 130 Mrd. Euro, also ungefähr 40 Prozent der dem Bund zufließenden Steuern, wurden 2017 vom deutschen Zoll für den Fiskus eingenommen.

Trotz Abtretung umfangreicher handelspolitischer Kompetenzen an die Europäische Union gehört die Gestaltung des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland zum Kernbereich deutscher nationaler Interessen. Insbesondere, wenn wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung nicht als bloße Almsenpolitik gegenüber dem Ausland verstanden werden soll, muss die Bundesrepublik Deutschland den Anspruch haben, entwicklungspolitische Schlussfolgerungen über den Entwicklungsgrad bestimmter Staaten auf das Gebiet der Außenwirtschaftspolitik zu übertragen.

Die Verordnung (EU) Nr. 978/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 (APS-Verordnung) sieht vor, dass Entwicklungsländer präferenziellen Zugang zum Binnenmarkt der Europäischen Union erhalten. Der Grad der Präferenzen reicht dabei von einer allgemeinen Begünstigung für ungefähr 6.300 Zolltarife bis hin zu kompletter Zollfreiheit für alle Waren mit Ausnahme von Waffen für die am wenigsten entwickelten Staaten der Erde.

Von der APS-Verordnung profitieren zurzeit aber auch Schwellenländer, welche von der Europäischen Kommission weiterhin wie Entwicklungsländer behandelt werden. Dies betrifft neben den zuvor schon erwähnten Staaten Indonesien und Pakistan vor allem auch Indien. Alle diese drei Staaten genießen, obgleich sie keineswegs mehr als Entwicklungsländer eingestuft werden sollten, als so genannte OBC-Staaten (other beneficiary countries) die Vorteile der APS-Verordnung.

Die durch die APS-Verordnung sichergestellte asymmetrische Bevorzugung von Entwicklungsländern ist im Falle dieser Staaten nicht mehr angemessen. Sie muss so schnell wie möglich beendet werden. Ein solches Vorgehen ist dabei nicht ungewöhnlich: Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, ein enger Verbündeter der Bundesrepublik Deutschland, hat im März 2019 seine Regierung angewiesen, Zollvergünstigungen im Rahmen des US-amerikanischen und mit der APS-Verordnung vergleichbaren GSP-Programms (Generalized System of Preferences) gegenüber Indien aufzuheben.

3. Im Hinblick auf die Anrechenbarkeit von öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA) werden neben Indien, Indonesien, Pakistan und Südafrika auch Brasilien, China, Mexiko und die Türkei weiterhin als Entwicklungsländer durch das Deve-

lopment Assistance Committee (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) definiert. Da die Bundesregierung diesen weiteren Staaten keine deutschen staatlichen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit mehr zur Verfügung stellt, oder wenn sie dies tut, dies überwiegend mit zurückzuzahlenden Krediten erfolgt, sollte dieser Statuswechsel auch auf multilateraler Ebene nachvollzogen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Indonesien, der Islamischen Republik Pakistan und der Republik Südafrika nicht weiter fortzusetzen,
2. die Finanzierung laufender Projekte in diesen Staaten umzustellen, so dass diese bis zur vollständigen Durchführung ausschließlich von den jeweiligen Partnerländern oder sonstigen lokalen Trägern finanziert werden,
3. im Falle der Verweigerung der vollständigen Eigenfinanzierung der laufenden Projekte diese mit sofortiger Wirkung zu beenden, soweit dem keine eingegangenen rechtlichen Verpflichtungen entgegenstehen,
4. keine weiteren Zuwendungen an private Träger im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Indonesien, der Islamischen Republik Pakistan und der Republik Südafrika zu bewilligen,
5. im Rahmen der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass der Republik Indien, der Republik Indonesien und der Islamischen Republik Pakistan die durch die Verordnung (EU) Nr. 978/2012 gewährten Zollpräferenzen entzogen werden,
6. im Rahmen der Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) im Development Assistance Committee (DAC) darauf hinzuwirken, dass der Föderativen Republik Brasilien, der Volksrepublik China, der Republik Indien, der Republik Indonesien, den Vereinigten Mexikanischen Staaten, der Islamischen Republik Pakistan, der Republik Türkei und der Republik Südafrika der Status eines Entwicklungslandes bei der nächsten DAC-Evaluierung im Jahr 2020 aberkannt wird,
7. einen Kriterienkatalog in Anlehnung an die Feststellungen zu Abschnitt I zu erarbeiten, anhand dessen in Zukunft nachvollziehbar entschieden werden kann, ob ein Staat potentiell in der Lage ist, die Zielsetzungen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland aus eigener Kraft zu erreichen,
8. diesen Kriterienkatalog in die Leitlinien für die bilaterale Finanzielle und Technische Zusammenarbeit als Ausschlusskriterium der Zusammenarbeit aufzunehmen.

Berlin, den 13. März 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

A. Sinn und Zweck einer umfassenden politischen Beurteilung des Status von Entwicklungsländern

Der Status „Entwicklungsland“ ist nicht allgemeinverbindlich definiert. Verschiedene Institutionen haben unterschiedliche Begriffe davon, was ein Entwicklungsland ist, und je nach dem, um welche Institution es sich handelt, resultieren hieraus mehr oder weniger starke wirtschaftliche und politische Konsequenzen. Im Sinne einer Ausgestaltung deutscher Entwicklungspolitik auf Grundlage eigener nationaler Interessen ist der Bundestag jedoch gehalten, eine umfassende politische Beurteilung bei der Frage abzugeben, welche Staaten als Entwicklungsländer anzusehen sind und welche nicht. Abgeleitet von dieser Beurteilung lassen sich entsprechende Handlungsmaximen für die verschiedenen Institutionen ableiten, die jeweils für sich entscheiden, welche Staaten Entwicklungsländer sind und welche nicht.

Der vorliegende Antrag konzentriert sich auf den Status als Entwicklungsländer im Rahmen von drei Institutionen:

1. Entwicklungsländer im Sinne der deutschen Entwicklungspolitik, die zur Ausschüttung von deutschen staatlichen Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit führt
2. Entwicklungsländer im Sinne des Handelsregimes der Europäischen Union, die zur begünstigenden Anwendung der APS-Verordnung führt
3. Entwicklungsländer im Sinne der OECD, die zur Anrechenbarkeit von ODA-Leistungen führt.

I. Entwicklungsländer aus Sicht deutscher Entwicklungspolitik

Die Bundesregierung hat, im Gegensatz zu anderen Institutionen, keine selbständige, durchdachte Systematik und Nomenklatur, wenn es darum geht, einen Staat als Entwicklungsland zu klassifizieren. Häufig, aber nicht immer, neigt die Bundesregierung dazu, Entwicklungsländer als „Partnerstaaten“ zu bezeichnen. So führte die Bundesregierung in ihrer Antwort auf Drucksache 19/5889 auf die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion mit dem Titel „Partnerschaftsformen und Partnerschaften der Entwicklungszusammenarbeit“ aus:

„Der Begriff ‚Partnerschaften‘ ist ein generischer Begriff, der sich definitorisch nicht eng eingrenzen lässt und synonym zu den Begriffen ‚Kooperation‘ und ‚Zusammenarbeit‘ steht. Die Bundesregierung ist in ihrer Entwicklungszusammenarbeit (EZ) einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit verpflichtet, und zwar gegenüber allen Akteuren aus Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, unabhängig davon, ob mit ihnen auf bilateraler oder multilateraler Ebene oder in Deutschland zusammengearbeitet wird. Jede Form der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, die die Bundesregierung unterhält, ist deshalb ‚Partnerschaft‘, auch wenn sie nicht explizit so bezeichnet wird.“

Direktes Resultat aus solch weit gefassten, generischen „Partnerschaften“ ist die Berücksichtigung dieser Länder bei der Ausschüttung deutscher staatlicher Mittel im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Vor allem wegen der mangelnden Systematik von deutscher Seite ist es daher dringend erforderlich, dass der in Abschnitt II Nummer 7 des Antrags geforderte Kriterienkatalog ausgearbeitet wird, um in Zukunft einen verantwortungsvollen Umgang mit deutschen Steuergeldern zu gewährleisten. Die Aberkennung des Status als Entwicklungsland ist im Hinblick auf die deutsche Entwicklungspolitik mit der Einstellung der Ausschüttung deutscher staatlicher Mittel der Entwicklungszusammenarbeit ohne Rückzahlungspflicht gleichzusetzen.

Nach Ansicht der Antragsteller ist auch die Entwicklungspolitik als ein Teil der auswärtigen Angelegenheiten deutschen Interessen verpflichtet. Es liegt nicht im deutschen Interesse, potentielle Wettbewerber mit deutschen Steuergeldern zum eigenen Nachteil zu subventionieren. Den eigenen Wohlstand zu erhalten und zu sichern sowie die hierfür notwendigen Voraussetzungen zu schaffen muss primäres Interesse sein.

Anstatt deutsches Steuergeld in der Welt durch fragwürdige Projekte und Programme zu verteilen – im Jahr 2017 wurden Haushaltsmittel in Höhe von etwa 26,6 Mrd. Euro für Entwicklungszusammenarbeit aufgewandt¹ – ist es vordringlich, das bisherige Konzept und die bisherige Praxis der Entwicklungszusammenarbeit mit aufstrebenden Wirtschaftsmächten zu überdenken.

¹ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Geber im Vergleich, www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/oda/geber/index.html, abgerufen am 13. März 2019.

II. Entwicklungsländer aus Sicht der EU-Außenhandelspolitik

Entwicklungsländer im Rahmen des Handels mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind alle förderfähigen Länder, die in Anhang I der APS-Verordnung aufgeführt sind. Dabei wird der Status im Rahmen der APS-Verordnung nicht nur regelmäßig überprüft, sondern Artikel 3 Absatz 2 der APS-Verordnung ermächtigt die Europäische Kommission ebenfalls per delegiertem Rechtsakt, die Liste abzuändern.

Staaten, die im Rahmen der APS-Verordnung förderungsfähig sind, können in einem weiteren Schritt als LDC-Staat (least developed countries) oder als OBC-Staat klassifiziert werden. Während es sich bei den LDC-Staaten offensichtlich um Entwicklungsländer handelt, und diese deshalb in den Genuss der Zollfreiheit für alle Waren, mit Ausnahme von Waffen, kommen, ist bei OBC-Staaten, denen man einen höheren Entwicklungsgrad attestiert, eine höhere Wachsamkeit geboten, da eben auch aufstrebende Wirtschaftsmächte von der allgemeinen Regelung der APS-Verordnung profitieren. Unter den rund 6.300 im Rahmen der allgemeinen Regelung ermäßigten Zolltarifen werden im Anhang V der Verordnung beispielsweise auch Massengüter wie Kleidung, Lebensmittel und Automobile aufgeführt. Eine Aberkennung des Status als Entwicklungsland im Rahmen der APS-Verordnung hätte somit den Effekt, dass asymmetrische Handelspräferenzen an die gestrichenen Staaten nicht mehr gewährt werden würden.

III. Entwicklungsländer aus Sicht der OECD

Das DAC der OECD legt alle drei Jahre fest, welche Staaten als Entwicklungsländer einzustufen sind. Hierdurch eröffnet sich überhaupt erst die Möglichkeit, Entwicklungsleistungen formal als ODA zu deklarieren. Da das DAC selbst keine Entwicklungszusammenarbeit betreibt, sondern nur dabei hilft, die Entwicklungszusammenarbeit der OECD-Mitgliedstaaten zu koordinieren und Statistiken zu erheben, hätte eine Aberkennung im Rahmen der OECD somit vorwiegend symbolischen Charakter – zeitigt aber im Hinblick darauf, dass hierdurch die ODA-Anrechenbarkeit wegfällt, auch indirekte entwicklungspolitische Konsequenzen. So würde zum Beispiel ein weiteres Verfolgen des 0,7-Prozent-Ziels der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 1970 erfordern, dass der Wegfall der Anrechenbarkeit von ODA-Leistungen an die in dieser Begründung aufgelisteten Staaten mit ODA-Leistungen an bedürftigere Staaten kompensiert werden müsste, wenn das bisherige ODA-Niveau Deutschlands gehalten werden soll. Ein weiterer indirekter Effekt wäre, dass hierdurch der Anreiz für andere Staaten, Entwicklungsleistungen an die gestrichenen Staaten zu tätigen, geschmälert werden würde.

B. Argumente für die Aberkennung des Status als Entwicklungsländer im Einzelnen

I. Föderative Republik Brasilien

Gemessen an der Kaufkraft verfügte Brasilien Anfang 2019 über die achtgrößte Volkswirtschaft der Welt, gehört zur Gruppe der BRICS-Staaten und erhielt 2017 332,4 Mio. Euro an deutschen staatlichen Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit. Nach Angaben des BMZ handelt es sich hierbei „angesichts der eigenen Leistungsfähigkeit Brasiliens“ vor allem um zinsverbilligte Kredite.² Eine Klassifikation als Entwicklungsland im Rahmen der OECD ist deshalb nicht mehr angezeigt.

II. Volksrepublik China

Die Bundesregierung geht bereits seit 2009 keine neuen Leistungsverpflichtungen im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit gegenüber China ein. Als Nuklearmacht, BRICS-Staat und Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit einer schnell und stark wachsenden Volkswirtschaft dürfte China das Paradebeispiel schlechthin für eine mächtige, aufstrebende Wirtschaftsmacht sein. Es ist nicht vermittelbar, dass die VR China im Rahmen der OECD noch immer als Entwicklungsland klassifiziert wird.

III. Republik Indien

Ähnlich wie die Volksrepublik China ist die Republik Indien mit einer Bevölkerung von über 1,3 Milliarden zu einem wichtigen weltpolitischen Akteur avanciert, der die globale Machtkonstellation nachhaltig zu seinen Gunsten verschiebt und einen entsprechenden internationalen Status als Wirtschafts- und Militärmacht für sich einfordert.

² Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Entwicklungspolitische Zahlen und Fakten aus Brasilien, www.bmz.de/de/laender_regionen/lateinamerika/brasilien/index.jsp#section-29757674, abgerufen am 12. März 2019.

Indien gehört sowohl der Gruppe der BRICS-Staaten als auch der G20 an. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist Indien inzwischen die sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt.³ Indiens reales Wirtschaftswachstum betrug im Jahr 2018 7,54 Prozent und wird für die kommenden Jahre weiterhin als ähnlich hoch prognostiziert,⁴ während Deutschland im vierten Wirtschaftsquartal 2018 nur knapp einer Rezession entgangen ist.⁵

Indiens Selbstverständnis im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit hat sich in den frühen 2000er Jahren vom Empfänger zum Geber von Leistungen gewandelt. So verfolgt die Republik Indien mittlerweile eine ambitionierte, an eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen ausgerichtete Entwicklungspolitik mit geografischem Schwerpunkt in Südasien und Afrika.⁶

Entsprechend haben sich die entwicklungspolitischen Ausgaben Indiens sukzessive gesteigert. Während Indien 2009/2010 noch rund 442 Mio. US-Dollar in die Entwicklungszusammenarbeit investierte, waren es 2013/2014 bereits 1,23 Mrd. US-Dollar, was einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 32 Prozent entspricht.⁷ Entsprechend wurden 2018 765,02 Mio. Euro an deutschen staatlichen Mitteln im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit nach Angaben des BMZ „fast vollständig in Form von Krediten“ an Indien ausgeschüttet.⁸

Indien ist ein wichtiger Handelspartner der Bundesrepublik Deutschland: Im Jahr 2017 exportierte Indien Waren im Wert von über 19,1 Mrd. Euro nach Deutschland.⁹ Im Rahmen der APS-Verordnung wird Indien dabei weiterhin als OBC-Land begünstigt. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben am 4. März 2019 angekündigt, dass sie die präferenzielle Behandlung Indiens als Entwicklungsland im Rahmen des mit der APS-Verordnung vergleichbaren GSP beenden werden.¹⁰

Bereits seit 1974 verfügt Indien über Kernwaffen. Indien unterhält auch nach Mannstärke die zweitgrößte Armee der Welt und verfügt mit 63,9 Mrd. US-Dollar über das weltweit fünfhöchste Militärbudget.¹¹

Indiens soziale Entwicklung vollzieht sich ähnlich rasant: Zwischen 2005/2006 und 2015/2016 hat sich die Armutsrate in Indien halbiert.¹² Die Kindersterblichkeit pro 1.000 Lebendgeburten ist von 161,4 (1960) auf 32 (2017) gefallen.¹³

Im Falle der Republik Indien zeichnet sich eine Entwicklung zu einem ehrgeizigen wirtschaftlichen und geopolitischen Wettbewerber ab, der sich selbstbewusst Märkte, Ressourcenzugang und Einflusszonen sichert. Die Republik Indien ist in vollem Umfange fähig, alle entwicklungspolitischen Zielsetzungen selbstständig und eigenverantwortlich zu erreichen. Vor diesem Hintergrund kann Indien nicht mehr wie ein Entwicklungsland behandelt werden.

IV. Republik Indonesien

Eine weitere aufstrebende Wirtschaftsmacht in der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) ist die Republik Indonesien. Das Bruttoinlandsprodukt betrug 2018 über 1 Billion US-Dollar (BIP pro Kopf [KKP] im Jahr 2017 12.283 US-Dollar).¹⁴ Damit ist Indonesien eine der größten Volkswirtschaften der

³ Weltbank, Gross Domestic Product 2017, <https://databank.worldbank.org/data/download/GDP.pdf>, abgerufen am 12. März 2019.

⁴ Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Real GDP Forecast, <https://data.oecd.org/gdp/real-gdp-forecast.htm#indicator-chart>, abgerufen am 12. März 2019.

⁵ Eckert, Daniel u. Zschäpitz, Holger, Deutschland fällt in einen gefährlichen Schwebestand, www.welt.de/wirtschaft/article188765815/Konjunktur-Deutsche-Wirtschaft-schrammt-an-der-Rezession-vorbei.html, abgerufen am 12. März 2019.

⁶ Asmus, Gerda u.a., BRICS and Foreign Aid, S. 13 ff., www.aiddata.org/publications/brics-and-foreign-aid, abgerufen am 12. März 2019.

⁷ Piccio, Lorenzo, India's foreign aid program catches up with its global ambitions, www.devex.com/news/india-s-foreign-aid-program-catches-up-with-its-global-ambitions-80919, abgerufen am 12. März 2019.

⁸ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Entwicklungspolitische Zahlen und Fakten aus Indien, www.bmz.de/de/laender_regionen/asien/indien/index.jsp#section-31338311, abgerufen am 12. März 2019.

⁹ Statistisches Bundesamt, Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland, www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Tabellen/RangfolgeHandelspartner.pdf?__blob=publicationFile, abgerufen am 12. März 2019.

¹⁰ Office of the United States Trade Representative, United States Will Terminate GSP Designation of India and Turkey, <https://ustr.gov/about-us/policy-offices/press-office/press-releases/2019/march/united-states-will-terminate-gsp>, abgerufen am 13. März 2019.

¹¹ ZDF, Die Welt rüstet weiter auf, www.zdf.de/nachrichten/heute/sipri-bericht-weltweite-ruestungsausgaben-steigen-auf-hoehstwert-seit-kaltem-krieg-100.html, abgerufen am 13. März 2019.

¹² NDTV, Over 10 Years, Poverty Rate In India Reduced To Half, www.ndtv.com/india-news/over-10-years-poverty-rate-in-india-reduced-to-half-un-report-1919756, abgerufen am 13. März 2019.

¹³ Weltbank, Mortality Rate India, infant (per 1,000 live births), <https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.IMRT.IN?locations=IN>, abgerufen am 12. März 2019.

¹⁴ Statista, Indonesia: Gross domestic product (GDP) per capita in current prices from 2012 to 2022 (in U.S. dollars), <https://data.worldbank.org/indicator/ny.gdp.pcap.pp.cd>, abgerufen am 12. März 2019.

Welt und weist beeindruckende Wirtschaftswachstumsraten auf; im Jahr 2017 wuchs die indonesische Wirtschaft um 5,1 Prozent.¹⁵

Die Republik Indonesien ist wirtschaftlich und politisch betrachtet der führende Mitgliedstaat der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN),¹⁶ einem Zusammenschluss südostasiatischer Länder mit dem Ziel, eine Wirtschaftsgemeinschaft nach europäischem Vorbild zu schaffen. Die Festigung und Ausweitung dieses Zusammenschlusses ist einer der Schwerpunkte der indonesischen Außenpolitik, insbesondere werden enge Handelsbeziehungen mit der Volksrepublik China unterhalten („ASEAN plus drei“).¹⁷

Die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Singapur und der Volksrepublik China sind anhand der beträchtlichen Direktinvestitionen von etwa 23 Mrd. US-Dollar im Jahr 2017 ersichtlich. Private Investitionen werden hier überwiegend in den Bereichen Bergbau und Maschinenbau getätigt.¹⁸ Vergleicht man die Summe der ausländischen Direktinvestitionen nach Deutschland – im Jahr 2017 wurde ein Betrag von 34,7 Mrd. US-Dollar verzeichnet¹⁹ – wird die weltwirtschaftliche Relevanz Indonesiens deutlich.

Es konnten aber auch bemerkenswerte soziale Fortschritte erzielt werden: So ist die Kindersterblichkeitsrate pro 1.000 Lebendgeburten von 112,7 im Jahr 1970 auf 21,4 im Jahr 2017 gefallen,²⁰ die Armutsrate (absolute Armut unter 1,90 US-Dollar pro Tag) konnte von ca. 40 Prozent im Jahr 2000 auf unter 5,7 Prozent gesenkt werden.²¹

Betrachtet man des Weiteren das Verhalten der Republik Indonesien als Nehmerland von Entwicklungsleistungen, so sind in den letzten Jahren gravierende Veränderungen der Zielrichtung der Entwicklungsleistungen und der nationalen Entwicklungsstrategie eingetreten. Anstatt Unterstützung im Bereich der sogenannten „Guten Regierungsführung“ oder Armutsbekämpfung anzufordern, konzentriert sich die indonesische Regierung primär auf die Entwicklung von Wirtschaft und Infrastruktur.²² Hierbei erhält sie hauptsächlich Unterstützung von der Volksrepublik China in Form von großen Infrastrukturprojekten, wie durch den Bau der Eisenbahnlinie von Jakarta nach Bandung²³ oder den Bau von Kohlekraftwerken²⁴.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Indonesien hingegen konzentriert sich vornehmlich auf die Bereiche Umwelt und Energie.²⁵ Insgesamt wurden in diesen Sektoren über 669 Mio. Euro an Entwicklungsleistungen gewährt.²⁶ Mit diesen Mitteln werden aktuell Projekte wie „Elektrifizierung durch Erneuerbare

¹⁵ Central Intelligence Agency, The World Fact Book, www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/id.html, abgerufen am 12. März 2019.

¹⁶ Essays, UK. (November 2018), How Indonesia Plays An Important Role In Asean Politics Essay, www.ukessays.com/essays/politics/how-indonesia-plays-an-important-role-in-asean-politics-essay.php, abgerufen am 12. März 2019.

¹⁷ Auswärtiges Amt, Länderinformation Republik Indonesien, www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/indonesien-node/-/212436, abgerufen am 12. März 2019.

¹⁸ Banco Santander S.A., Foreign Investment in Indonesia, https://en.portal.santandertrade.com/establish-overseas/indonesia/foreign-investment?&actualiser_id_banque=oui&id_banque=54&memoriser_choix=memoriser, abgerufen am 12. März 2019.

¹⁹ Banco Santander S.A., Foreign Investments in Germany, <https://en.portal.santandertrade.com/establish-overseas/germany/foreign-investment>, abgerufen am 12. März 2019.

²⁰ Weltbank, Mortality Rate Indonesia, infant (per 1,000 live births), <https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.IMRT.IN?locations=ID>, abgerufen am 12. März 2019.

²¹ Weltbank, Poverty and Equity Brief Indonesia 2018, https://databank.worldbank.org/data/download/poverty/33EF03BB-9722-4AE2-ABC7-AA2972D68AFE/Global_POVEQ_IDN.pdf, abgerufen am 12. März 2019.

²² Indonesia Investments, National Long-Term Development Plan RPJPN 2005-2025, www.indonesia-investments.com/projects/government-development-plans/national-long-term-development-plan-rpjpn-2005-2025/item308, abgerufen am 12. März 2019.

²³ railway-technology.com, Jakarta to Bandung High-Speed Rail, www.railway-technology.com/projects/jakarta-to-bandung-high-speed/, abgerufen am 12. März 2019.

²⁴ klimaretter.info, Indonesien: 100 neue Kohlekraftwerke, www.klimaretter.info/energie/nachricht/21260-indonesien-100-neue-kohlekraftwerke-bis-2019; Arzt, Ingo, China investiert enorm in die Kohle, www.taz.de/15564169/; BTI-Projekt, Bertelsmann Transformations-Index 2018, www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2018/pdf/BTI_2018_Indonesia.pdf, alle abgerufen am 12. März 2019.

²⁵ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Indonesien, www.bmz.de/de/laender_regionen/asien/indonesien/index.jsp#section-30804073, abgerufen am 12. März 2019.

²⁶ Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, www.giz.de/projektdaten/index.action#?region=2&countries=ID, abgerufen am 12. März 2019.

Energien“ für 2,5 Mio. Euro,²⁷ „Stärkung der Klima-Governance in Indonesien für die Umsetzung des Klimaabkommens von Paris“ für 4,6 Mio. Euro²⁸ oder „Strategische Umweltdialoge“ für 7,9 Mio. Euro²⁹ durchgeführt.

Angesichts der chinesisch-indonesischen Kooperation im Energiesektor, respektive der Bau von mehreren Kohlekraftwerken, ist der tatsächliche Nutzen und der Einfluss dieser Projekte äußerst fraglich.

Nach Ansicht der Antragsteller ist die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Indonesien einzustellen, was im Übrigen auch mit der eigenen Wahrnehmung der indonesischen Regierung übereinstimmt. Bereits 2015 verkündete ein Sprecher des indonesischen Außenministeriums im Zusammenhang mit einer geplanten Kürzung der Entwicklungszusammenarbeit durch Australien, dass die Republik Indonesien nun ein Land sei, dass keine weitere Entwicklungshilfe mehr benötige.³⁰

Von diesem Selbstverständnis ausgehend erscheint es gerade im Hinblick auf die rasant wachsende Wirtschaft und die steigenden Exporte in die Europäische Union angemessen, auch die einseitige Präferenzgewährung durch die Europäische Union im Rahmen der APS-Verordnung³¹ aufzuheben.

V. Vereinigte Mexikanische Staaten

Auch Mexiko sollte aufgrund seiner Gesamtentwicklung nicht mehr als Entwicklungsland betrachtet werden. Mexiko ist G20-Mitglied mit einem BIP pro Kopf (KKP) von 19.903 US-Dollar im Jahr 2017 sowie Vertragspartei im Nordamerikanischen Freihandelsabkommen. Die Bundesregierung hat bereits ähnliche Schlussfolgerungen gezogen und Zusagen in Höhe von 449,9 Mio. Euro für die Jahre 2016/2017 zum Großteil nur in Form von zinsverbilligten Krediten an Mexiko zur Verfügung gestellt.³²

VI. Islamische Republik Pakistan

Die Islamische Republik Pakistan weist ein seit Jahren stabiles Wirtschaftswachstum auf. Im Jahr 2017 wuchs die pakistanische Wirtschaft um 5,7 Prozent³³ und das Land erwirtschaftete ein BIP (KKP) von über 1 Billion US-Dollar. Zwischen 1960 und 2017 fiel die Säuglingssterblichkeit pro 1.000 Lebendgeburten von 144,1 auf 66,4.³⁴ Die Armutsquote halbierte sich seit 2002.³⁵

Pakistan ist bereits seit 1961 Empfänger deutscher staatlicher Entwicklungsleistungen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sagte Pakistan für 2017 und 2018 Mittel in Höhe von 83,87 Mio. Euro zu. Schwerpunkte der Entwicklungszusammenarbeit sind die Bereiche „Gute Regierungsführung“, Energie und „Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung“. ³⁶

²⁷ Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Projektnummer 2015.2111.1, www.giz.de/projektdaten/index.action#?region=2&countries=ID, abgerufen am 12. März 2019.

²⁸ Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Projektnummer 2016.9027.0, www.giz.de/projektdaten/index.action#?region=2&countries=ID, abgerufen am 12. März 2019.

²⁹ Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, Projektnummer 2012.9215.0, www.giz.de/projektdaten/index.action#?region=2&countries=ID, abgerufen am 12. März 2019.

³⁰ Chung, Frank, Indonesia unconcerned about foreign aid cuts, www.news.com.au/finance/economy/federal-budget/indonesia-unconcerned-about-foreign-aid-cuts/news-story/09d2eee8bd4c4896cdb1f087d6c9422f; Van der Eng, Pierre, Why does Indonesia prefer foreign aid from China?, www.eastasiaforum.org/2017/12/02/why-does-indonesia-seem-to-prefer-foreign-aid-from-china/, alle abgerufen am 12. März 2019.

³¹ Generalzolldirektion, Warenursprung und Präferenzen, https://wup.zoll.de/wup_online/laenderinformationen.php?landinfo=ID&stich-tag=12.03.2019&gruppen_id=46&land_id=359&rgl_id=174&position=, abgerufen am 12. März 2019.

³² Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Entwicklungspolitische Zahlen und Fakten aus Mexiko, www.bmz.de/de/laender_regionen/lateinamerika/mexiko/index.jsp#section-30530280, abgerufen am 13. März 2019.

³³ Weltbank, GDP growth (annual %), <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.KD.ZG?locations=PK>, abgerufen am 13. März 2019.

³⁴ Weltbank, Mortality rate, infant (per 1,000 live births), <https://data.worldbank.org/indicator/SP.DYN.IMRT.IN?end=2014&locations=PK&start=1970>, abgerufen am 13. März 2019.

³⁵ Stocker, Frank, Die am meisten unterschätzte Ökonomie der Welt, www.welt.de/finanzen/article161994682/Die-am-meisten-unterschaetzte-Oekonomie-der-Welt.html, abgerufen am 13. März 2019.

³⁶ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Pakistan, www.bmz.de/de/laender_regionen/asien/pakistan/index.jsp, abgerufen am 13. März 2019.

Pakistans Militärausgaben wiederum beliefen sich 2018 auf 3,5 Prozent des BIP. Pakistan verfügt über die weltweit sechstgrößte Armee basierend auf dem aktiven Militärpersonal (2018).³⁷ Weiter umfasst Pakistans Nukleararsenal schätzungsweise 100 bis 120 Nuklearwaffen.³⁸

Im Jahre 2018 haben die Vereinigten Staaten Pakistan angekündigte Militärhilfen für die Terrorismusbekämpfung gestrichen, weil sie der pakistanischen Regierung mangelndes Engagement in diesem Bereich vorwerfen.³⁹ Immer wieder werden Vorwürfe gegenüber dem pakistanischen Militär und dem pakistanischen Geheimdienst laut, sie würden mit islamistischen Terroristen kooperieren und ihnen Rückzugsgebiete im pakistanischen Hinterland überlassen.⁴⁰ Auch vor diesem Hintergrund ist es geboten, die weitere bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Pakistan einzustellen.

7,7 Prozent der pakistanischen Exporte mit einem Gesamtvolumen von rund 1,9 Mrd. US-Dollar gehen nach Deutschland,⁴¹ 38 Prozent an europäische Staaten.⁴² Aufgrund ihrer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung, den Fortschritten in der Armutsbekämpfung und der steigenden Investitionstätigkeit in Pakistan kann die Islamische Republik Pakistan nicht weiterhin als Entwicklungsland behandelt werden. Deshalb sollte auch die Präferenzgewährung durch die Europäische Union im Rahmen der APS-Verordnung vor diesem Hintergrund aufgehoben werden.

VII. Republik Türkei

Mit einem BIP pro Kopf (KKP) von 26.893 US-Dollar im Jahr 2017 ist der offizielle EU-Beitrittskandidat Türkei unter den in dieser Begründung aufgelisteten Staaten am wohlhabendsten. Für das BMZ ist die Türkei kein Kooperationsland mehr.⁴³

Seit 1951 der NATO angehörend, verfügt die Türkei über ein Militär mit rund 355.000 aktiven Soldaten und hat die Kapazität, als militärische Interventionsmacht, beispielsweise in Syrien,⁴⁴ aufzutreten. Dennoch wird die Türkei vom DAC der OECD noch immer als Entwicklungsland geführt.

Neben der sachlichen Unhaltbarkeit des Status der Türkei als Entwicklungsland ist ein Engagement im Rahmen der OECD gegen die Türkei ebenfalls vonnöten, weil die türkische Regierung unter Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan feindselig gegenüber der Bundesrepublik Deutschland auftritt. Umfangreiche Aktivitäten des türkischen Geheimdienstes MIT,⁴⁵ die Festnahme deutscher Journalisten sowie die Einflussnahme auf innere Angelegenheiten Deutschlands über Organisationen wie die DITIB oder die UETD hätten die Bundesregierung schon längst veranlassen müssen, einen deutlich robusteren Umgang mit der türkischen Regierung zu pflegen.

VIII. Republik Südafrika

Die Republik Südafrika ist gemessen an der Bevölkerung und der Wirtschaftsleistung das kleinste Mitglied der so genannten BRICS-Staaten, jedoch verfügt sie trotzdem über eine beträchtliche Wirtschaftskraft: Im Jahr 2018 konnte ein BIP von 370,89 Mrd. US-Dollar erreicht werden. Im Jahr 2002 betrug dieses noch 115,74 Mrd. US-Dollar;⁴⁶ der enorme Zuwachs an Wirtschaftskraft führte auch dazu, dass die Republik Südafrika mittlerweile G20-Mitglied ist und damit zu den wichtigsten und größten Volkswirtschaften der Welt zählt. Das BIP pro Kopf

³⁷ Statista, The largest armies in the world based on active military personnel in 2018, www.statista.com/statistics/264443/the-worlds-largest-armies-based-on-active-force-level/.

³⁸ Stockholm International Peace Research Institute, Pakistan, www.sipri.org/research/armaments-and-disarmament/nuclear-weapons/world-nuclear-forces/pakistan, abgerufen am 13. März 2019.

³⁹ Zeit Online, USA versagen Pakistan Militärhilfe, www.zeit.de/politik/ausland/2018-09/usa-pakistan-terrorismus-unterstuetzung, abgerufen am 13. März 2019.

⁴⁰ Kolonko, Gilbert, Pakistan: Fanatiker halten ein Land in Geiselhaft, www.heise.de/tp/features/Pakistan-Fanatiker-halten-ein-Land-in-Geiselhaft-4210452.html, 13. März 2019.

⁴¹ Massachusetts Institute of Technology, Observatory of Economic Complexity: Pakistan, https://atlas.media.mit.edu/en/visualize/tree_map/hs92/export/pak/show/all/2017/, abgerufen am 13. März 2019.

⁴² A.a.O.

⁴³ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Türkei, www.bmz.de/de/laender_regionen/Mittel-Ost-und-Suedost-europa/tuerkei/index.html?follow=adword, abgerufen am 13. März 2019.

⁴⁴ SPIEGEL Online, Türkei startet Militäroffensive in Nordsyrien, www.spiegel.de/politik/ausland/islamischer-staat-tuerkei-beginnt-mit-militaer-operation-in-nordsyrien-a-1109170.html, abgerufen am 13. März 2019.

⁴⁵ Deutschlandfunk, „Sammelwut eines aus dem Ruder gelaufenen Nachrichtendienstes“, www.deutschlandfunk.de/tuerkischer-geheimdienst-in-deutschland-sammelwut-eines-aus-694.de.html?dram:article_id=363800#_blank, abgerufen am 13. März 2019.

⁴⁶ Weltbank, Südafrika, <https://data.worldbank.org/country/south-africa>, abgerufen am 13. März 2019.

(KKP) im Jahr 2017 betrug 13.497 US-Dollar.⁴⁷ Mit der ökonomischen Entwicklung verbesserten sich auch die Lebensumstände in Südafrika. Die durchschnittliche Lebenserwartung stieg von 2008 bis 2016 um fast 20 Prozent.

Zudem ist Südafrika führendes Mitglied der SADC-Staaten (Southern African Development Community), einem Zusammenschluss von Staaten des südlichen Afrikas mit dem Ziel, die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auszubauen.⁴⁸

Die Republik Südafrika verfolgt darüber hinaus auch eigene entwicklungspolitische Programme; so wird geschätzt, dass Südafrika ca. 1,6 bis 6 Mrd. US-Dollar für die eigene Entwicklungspolitik aufwendet. Diese Mittel werden hauptsächlich im südlichen Afrika eingesetzt, um geopolitische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen zu verfolgen.⁴⁹

Südafrika ist ein so genannter „globaler Entwicklungspartner“ Deutschlands. Die Bundesrepublik Deutschland leistete in den Jahren 2016 und 2017 insgesamt 314,25 Mio. Euro im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit an die Republik Südafrika.⁵⁰ Schwerpunkte der deutschen Zusammenarbeit mit Südafrika bilden die Bereiche Energie und Klima sowie der Aufbau einer effizienten Verwaltung.⁵¹ Insbesondere die Nutzung und Etablierung von erneuerbaren Energien wird durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verfolgt, beispielhaft sei hier das durch die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) durchgeführte Projekt „Erneuerbare Energien und Energieeffizienz“ mit einem Gesamtvolumen von etwa 39 Mio. Euro genannt.⁵²

Nach dem Ausgeführten ist also festzustellen, dass die Republik Südafrika ihre Politik – damit auch ihre eigene Entwicklungspolitik – streng nach nationalen Interessen ausrichtet.

Die mit immensen Summen geförderten Projekte der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Bereich Energie sind deshalb nach Ansicht der Antragsteller in ihrer Wirkung äußerst fragwürdig. In Anbetracht der Tatsache, dass die südafrikanische Kohle sehr einfach zu fördern ist, und Kohle der wichtigste und günstigste Energieträger Südafrikas ist,⁵³ kann nicht davon ausgegangen werden, dass die Regierung Südafrikas bis zum Jahr 2030 auf die Energieerzeugung durch erneuerbare Energien umsteigen wird. Nach Aussage der südafrikanischen Regierung ist es für die nächsten zwei Jahrzehnte (also bis 2039) unwahrscheinlich, dass alternative Energiequellen zur Energieerzeugung in Südafrika herangezogen werden. Die Kohlevorkommen werden bei Beibehaltung der derzeitigen Fördermenge nach Aussage der südafrikanischen Regierung bis zum Jahr 2050 reichen.⁵⁴

Es bleibt festzuhalten, dass Südafrika eine politische und wirtschaftliche Führungsrolle im südlichen Afrika, aber auch auf dem gesamten afrikanischen Kontinent einnimmt. Weiter verfügt es über reiche Rohstoffvorkommen und eine starke, wachsende Wirtschaft. Die Republik Südafrika ist also in der Lage, die weitere Entwicklung eigenverantwortlich zu übernehmen. Südafrika ist daher nicht mehr als Entwicklungsland einzustufen.

⁴⁷ Weltbank, GDP per capita, PPP (current international \$) (South Africa), <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.PP.CD?locations=ZA>, abgerufen am 13. März 2019.

⁴⁸ Auswärtiges Amt, Außenpolitik Südafrika, www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/suedafrika-node/-/208442#content_2, abgerufen am 13. März 2019.

⁴⁹ Asmus, Gerda u.a., BRICS and Foreign Aid, S. 23 ff., http://docs.aiddata.org/ad4/pdfs/wps43_brics_and_foreign_aid.pdf, abgerufen am 13. März 2019.

⁵⁰ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Entwicklungspolitische Zahlen und Fakten, www.bmz.de/de/laender_regionen/subsahara/suedafrika/index.jsp#section-29644859, abgerufen am 13. März 2019.

⁵¹ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit Südafrika, www.bmz.de/de/laender_regionen/subsahara/suedafrika/index.jsp#section-29644294, abgerufen am 13. März 2019.

⁵² Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Projektdaten Südafrika, www.giz.de/projektdaten/index.action?request_locale=de_DE#?region=3&countries=ZA, abgerufen am 13. März 2019.

⁵³ U.S. Energy Information Administration, South Africa, www.eia.gov/beta/international/analysis.php?iso=ZAF, aufgerufen am 13. März 2019.

⁵⁴ Department of Minerals and Energy of the Republic of South Africa, Coal Resources, www.energy.gov.za/files/coal_frame.html, abgerufen am 13. März 2019.

